

# Die geforderte Mitte

## Schlaglichter aus der FES-„Mitte-Studie“ 2020/21

von Franziska Schröter<sup>1</sup>

Engagierten Menschen gegen die extreme Rechte<sup>2</sup> und antidemokratische Tendenzen schlägt oft eine Mischung aus Bewunderung und Unglaube entgegen: „Wieso man sich das alles antue?“ auf der einen Seite und Hass und Unverständnis andererseits darüber, ob man denn nichts „Besseres zu tun hätte?“. Die Mammutaufgabe zivilgesellschaftlicher, gewerkschaftlicher und politischer Anstrengungen für Demokratie und die Bekämpfung von Diskriminierungen ist ungleich verteilt auf die Schultern von verhältnismäßig wenigen Haupt- und Ehrenamtlichen<sup>3</sup>, wo doch die breite gesellschaftliche Mitte fest den Boden der Demokratie verteidigen sollte, auf dem sie steht – gemeinsam!

In Zeiten von Demokratiemisstrauen, Desinformation und gesellschaftlicher Spaltung wagt die Autorin an dieser Stelle die These, dass es mehr denn je eine Anstrengung eben jener Mitte sein muss, sich ein demokratisches Selbstverständnis aktiv zurückzuerobern. Allen Unkenrufen zum Trotz zeigen die Daten, dass es diese Mitte weiterhin gibt, dass sich weiterhin eine große Mehrheit von Menschen in Deutschland selbst als Demokrat\_innen sehen und es eine breite Basis gibt für den Wunsch nach

einem gleichberechtigten Miteinander. Diesen Schatz zu heben und die laute Minderheit deutlich in ihre Schranken zu weisen, gleichzeitig aber auch sich selbst immer kritisch zu hinterfragen und an gemeinschaftlichen Werten und Leitplanken zu arbeiten, wird die Aufgabe für die nächsten Jahre sein, wenn wir eine gelebte und funktionierende Demokratie als Zielkorridor annehmen. **Die Mitte ist also gefordert!**

Im Folgenden sollen anhand von Analysen zu rechtsextremen und demokratiefeindlichen Einstellungen aus den sogenannten FES-„Mitte-Studien“<sup>4</sup> drei Dinge gezeigt werden:

- 1) Die Mitte existiert und sie ist gefordert (im doppelten Wortsinn).
- 2) Die Mitte ist in ihren Einstellungen inkonsistent, teilweise bigott oder doch zumindest zu passiv.
- 3) Menschenfeindliche Einstellungen werden immer in einem Teil der Bevölkerung vorhanden sein, es entscheidet jedoch das gesellschaftliche Klima darüber, wie stark diese in die Gesellschaft hineinwirken.

<sup>1</sup> Franziska Schröter, M.A., ist seit 2017 Referentin bei der Friedrich-Ebert-Stiftung und dort verantwortlich für das „Projekt gegen Rechts-Extremismus“. In dieser Funktion ist sie auch Herausgeberin der FES-Mitte-Studien. Nach einem Studium der British Cultural Studies, Politikwissenschaft und Kommunikationswissenschaft an der TU Dresden war sie in verschiedenen Aufgabenbereichen für die FES in der politischen Bildung und Beratung tätig.

<sup>2</sup> Der Begriff „extreme Rechte“ wird im Folgenden genutzt, um das gesamte antidemokratische Spektrum von konservativ bis gewalttätig rechtsextrem zu beschreiben. Es gibt unzählige Definitionen, wissenschaftliche, sicherheitspolitische, normative. Aus Sicht einer politischen Bildnerin und Vermittlerin scheint mir „die extreme Rechte“ analog zur englischen „Far Right“ am ehesten das umfassende Spektrum zu beschreiben, das wir in den Mitte-Studien erfassen wollen. Es sei klargestellt, dass demokratischer Konservatismus darin explizit nicht mitgemeint ist, sondern antidemokratische Einstellungen in all ihren Facetten.

<sup>3</sup> Bereits vor der Pandemie gab es Anzeichen, dass sich weniger Menschen langfristig in Engagement binden möchten, die Corona-Krise hat diesen Trend verschärft, nachzulesen u. a. bei: ZiviZ gGmbH, „Schrumpfende Handlungsspielräume trotz besonderer Leistungen der Zivilgesellschaft“, Hg. im Stifterverband, Januar 2021.

<sup>4</sup> Wenn nicht anders ausgewiesen, stammen die Zahlen in diesem Text aus der aktuellsten FES-Mitte-Studie: Andreas Zick / Beate Küpper. „Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21“ Hg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung v. Franziska Schröter. Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2021. Weitere Infos, Buchbestellungen und alle älteren Ausgaben finden sich online unter [www.fes.de/mitte-studie](http://www.fes.de/mitte-studie) [letzter Abruf: 22.6.2022].

## Wer ist die „Mitte“ und was sind die „Mitte-Studien“?

Die „Mitte-Studien“ sind eine Langzeit-Analyse der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)<sup>5</sup>, die seit über 15 Jahren Auskunft geben über die Verbreitung, Entwicklung und Hintergründe rechtsextremer, menschenfeindlicher und anti-demokratischer Einstellungen in Deutschland. Seit 2006 erscheinen etwa alle zwei Jahre neue Daten, um große Trends und Entwicklungen aufzeigen zu können. Am Beginn stand der Wunsch, eindeutig rechtsextreme Einstellungen in der Bevölkerung zu messen und daraus ableitend nachweisen zu können, dass diese auch in der sogenannten Mitte der Bevölkerung verankert sind und auch dort bearbeitet werden müssen. Die öffentliche Debatte Anfang der 2000er Jahre wurde doch noch sehr mit Blick auf die extremen Ränder der Gesellschaft geführt und die FES wollte einen Beitrag dazu leisten, dieses Phänomen – den „Extremismus der Mitte“ – in den Fokus zu rücken. Das scheint den FES-„Mitte-Studien“ und allen ähnlich gelagerten Forschungen in der Zwischenzeit gelungen zu sein.

Im Laufe der Jahre wandelte sich der Phänomenbereich und damit auch die Studienreihe. Bis heute ist der Rechtsextremismusfragebogen mit seinen sechs Kategorien und insgesamt 18 Items unverändert (siehe Abb. 3.0.2 und 3.0.3 für den zeitlichen Verlauf). Andere Themenbereiche wurden später ins Untersuchungsdesign aufgenommen, das Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF), das Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer und sein Team durch die Forschungsreihe „Deutsche Zustände“ einer breiten Fachöffentlichkeit bekannt machten, wurde integriert. So haben sich langfristige Blicke auf die Phänomenbereiche Populismus, GMF, Verschwörungsglaube und Demokratiefeindlichkeit dazugesellt. Es liegt uns fern, dabei alarmistisch zu sein oder mit Akribie einzelne konkrete Werte herauszukristallisieren.

Vielmehr geht es um eine Art Ist-Zustand, der die gesellschaftlichen Untiefen vermisst, einen Debattenanlass und den Versuch, immer wieder darauf hinzuweisen, dass Demokratie kein Selbstläufer ist.

Auch die Mitte selbst hat sich im Laufe der Zeit gewandelt. 2006 war „die Mitte“ gedacht als Abgrenzung und Selbstverortung im Vergleich zu den extremen politischen Rändern der Gesellschaft – die Mitte als die Grundgesamtheit aller Deutschen, die sich auf dem Boden der Demokratie verorten, unabhängig von politischer Ausrichtung im Rechts-Links-Schema und auch jenseits einer rein ökonomisch definierten Mittelschicht. Ziel der ersten Studien war es, den Fokus auf genau diese breite gesellschaftliche Basis zu lenken von ganz links bis ganz rechts und eben nicht auf organisierte und verfestigte rechtsextreme Strukturen. 15 Jahre später ist das nicht mehr so eindeutig. Gewissheiten schwanken, alte Kategorisierungen schwächeln – die Mitte bröckelt quasi. Schauen wir einmal genauer in die aktuellste Untersuchung.

### Mitte(n) im Lockdown: Weniger Abwertung, mehr Graubereich, mehr Antisemitismus

In der aktuellsten Mitte-Studie beobachten wir einen Trend zu weniger klar abwertenden Einstellungsmustern in fast allen Kategorien. Dieser allgemeine Rückgang ist zunächst einmal sehr erfreulich, mag mit der Pandemie zusammenhängen und der Konzentration auf das Wesentliche, auf starke Solidaritätsausprägungen oder auf weniger Gelegenheiten des Kontaktes zu anderen Bevölkerungsgruppen.

Gleichzeitig beobachten wir aber drei weitere Trends, nämlich erstens einen (wenngleich schwächeren, aber trotzdem signifikanten) Rückgang auch bei der klaren Ablehnung von Abwertungen und zweitens eine Verschiebung in den Graubereich, in etwas diffusere Antworten, die man deuten kann im Spektrum von „weder noch“ hin zu „sowohl als auch“ oder auch „teils/teils“. Wird die Mitte weniger abwertend, weniger rassistisch, offener gegen-

<sup>5</sup> 2006 gibt die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) etwa alle zwei Jahre eine neue Ausgabe der „FES-Mitte-Studie“ heraus. Seit 2014 ist dafür von wissenschaftlicher Seite das Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) an der Universität Bielefeld verantwortlich. Entwickelt wurde dieses Konzept gemeinsam mit den Wissenschaftler\_innen um Prof. Brähler und Prof. Decker an der Universität Leipzig.

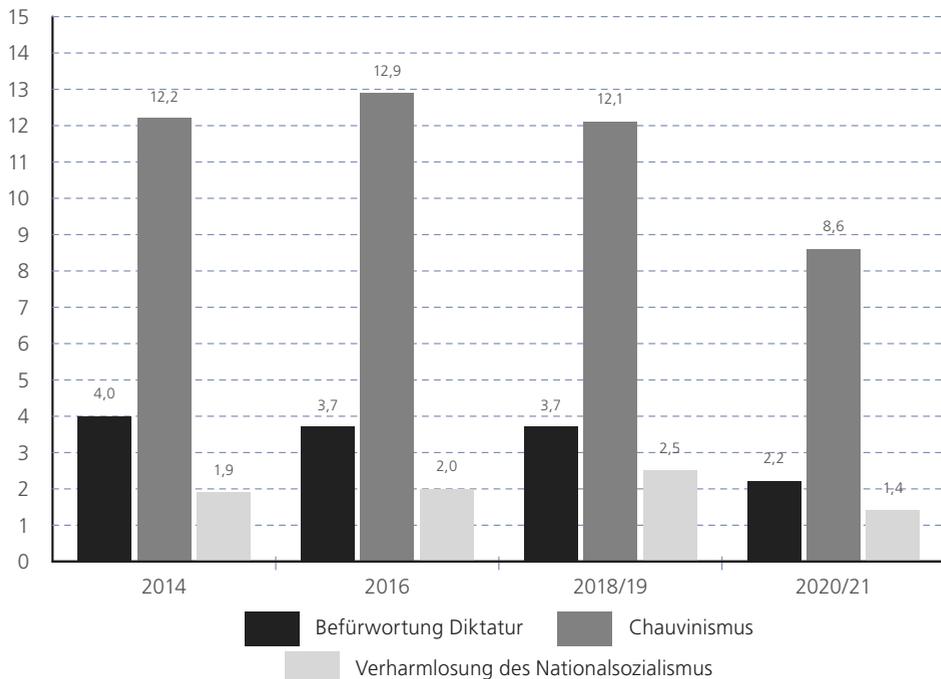
über sexueller und geschlechtlicher Selbstbestimmung? Bewirken öffentliche Debatten um Weltoffenheit tatsächlich etwas? Auf einen Teil der Befragten mag das zutreffen. Es mag aber auch die weniger optimistische Interpretation der Daten zutreffen, dass die Befragten sich in einen teils/teils-Rassismus flüchten aus Angst vor sozialem Stigma, dass sie sozial erwünscht antworten, weil so oft darüber debattiert wurde. Hier müssten qualitative Methoden nachfassen, die „Mitte-Studien“ müssen hier in der Empirie und Deskription verharren.

Eine dritte Entwicklung muss eindeutig alarmieren und besorgen. Bei allem beschriebenen Rückgang in der Zustimmung zu menschenfeindlichen Einstellungen beobachten wir eine höhere Zustimmung zu antisemitischen Aussagen. Zwar teilen nur wenige der Befragten

offen antisemitische Einstellungen oder harten Antisemitismus. Aber auch hier beobachten wir eine „teils/teils“-Unschlüssigkeit, und die deutliche Ablehnung antisemitischer Aussagen sinkt. Vor allem in der sekundären und subtileren Variante sehen wir teilweise höhere Zustimmungen. So stimmen 12,6 Prozent der Befragten der Aussage ganz oder teilweise zu: „Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen.“ Weitere 14,2 Prozent verorten wir hier im „teils/teils“-Bereich. Diese Täter-Opfer-Umkehr ist mit Blick auf den sonst rückläufigen Gesamttrend besorgniserregend und auch durch die tiefe Verankerung von Antisemitismus in allen Phänomenbereichen der extremen Rechten relevant. Verknüpfungen zu Verschwörungsglaube oder auch Antiglobalismus (als Chiffre für Transformationsangst, aber auch für

**Rechtsextreme Einstellungen in der (Wohn-)Bevölkerung 2014–2020/21 – politische Dimensionen** (Angaben in Prozent)

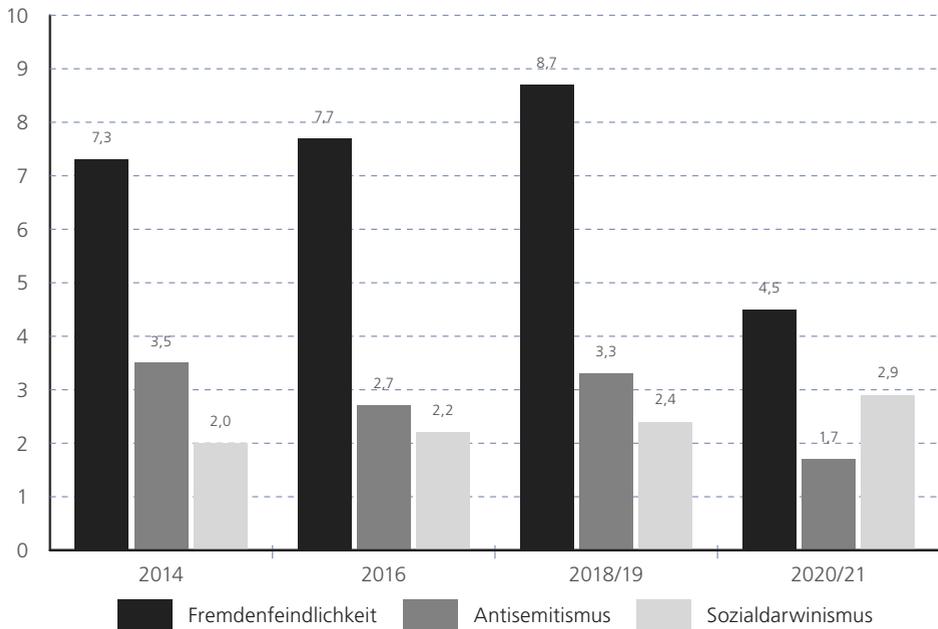
**Abb. 3.0.2**



**Anmerkungen** Um den Vergleich zu ermöglichen, wurden rückwirkend die Zustimmungswerte für die erweiterte Stichprobe der Wohnbevölkerung in Deutschland (nicht nur der deutschen Staatsbürger\_innen) neu berechnet; aus diesem Grund sind die Zustimmungswerte minimal abweichend zu den in vorangegangenen Mitte-Studien angegebenen.

### Rechtsextreme Einstellungen in der (Wohn-)Bevölkerung 2014–2020/21 – soziale (völkische) Dimensionen (Angaben in Prozent)

Abb. 3.0.3



**Anmerkungen** Um den Vergleich zu ermöglichen, wurden rückwirkend die Zustimmungswerte für die erweiterte Stichprobe der Wohnbevölkerung in Deutschland (nicht nur der deutschen Staatsbürger\_innen) neu berechnet; aus diesem Grund sind die Zustimmungswerte minimal abweichend zu den in den vorangegangenen Mitte-Studien angegeben.

eine angenommene „kapitalistische jüdische Weltelite“ und vermeintliche Israelkritik<sup>6</sup>) sind klar nachzuweisen. Antisemitische Stereotype sind weit verbreitet und die sprunghaften Zuwächse bei antisemitischen Straftaten<sup>7</sup> lassen zumindest einen Zusammenhang vermuten. Anhand der Mitte-Daten können wir zeigen, dass höhere Zustimmung zu Antisemitismus einhergeht mit höherer Gewaltbilligung, hö-

heren Zustimmungswerten bei rechtsextremen Einstellungen und auch negativ korreliert mit der Selbstverortung als Demokrat\_in.

## Die Mitte ist gefordert

Bei allen Kategorien bleibt aber festzuhalten – und das auch im Verlauf über die Jahre: Selbst wenn wir uns in unserer Aufgabe als Berichterstattende über menschenfeindliche Einstellungen auf die negativen Spitzen konzentrieren und immer wieder auf Problemfelder hinweisen, muss doch betont werden, dass der überwiegende Teil der Befragten Demokratie wertschätzt, gegen Hass und Abwertung stimmt und sich sehr im Klaren darüber ist, wo die Bedrohungen für unsere Gesellschaft liegen. Diese Mitte existiert, sie ist aber auch gefordert, klar für ihre Überzeugungen einzutreten und sich gegen die rassistische, antidemokratische und antisemitische Minderheit zu positionieren.

6 Israelbezogener Antisemitismus ist klar zu unterscheiden von berechtigter Kritik an der Politik eines Landes, die nötig und möglich sein muss. Wir beobachten aber in den Analysen häufig eine Verknüpfung mit antisemitischen Stereotypen, Holocaustverharmlosung oder einer Doppelmoral, die klar über eine vermeintliche Kritik hinausgehen. So stimmen rund 10 Prozent der Befragten der Aussage zu: „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.“ (21,1 Prozent „teils/teils“), in der klar die Politik eines Landes mit der Zugehörigkeit zur Gruppe der Jüd\_innen unzulässig vermischt werden und universelle Verantwortlichkeiten auf alle jüdischen Menschen projiziert werden.

7 Das Bundesinnenministerium hat in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage im Bundestag (Drucksache 20/719 - Antisemitische Straftaten im vierten Quartal 2021) mitgeteilt, dass im Jahr 2021 bundesweit 3.028 antisemitische Straftaten registriert wurden. Dies entspricht einem Anstieg zum Vorjahr um etwa 30 Prozent. Schon 2020 lag die Zahl mit 2.351 antisemitischen Straftaten auf einem Höchststand der vergangenen zwei Jahrzehnte.

Dies wird nicht leichter in krisenhaften Zeiten. Die Folgen der Pandemie sind noch nicht einmal katalogisiert, der Klimawandel bleibt weiter eine Hauptbedrohung, da erschüttert der Krieg in der Ukraine alle sicher geglaubten Überzeugungen bei vielen Menschen. In diesen Zeiten von Unsicherheit, wirtschaftlicher Belastung und Desinformation wird die Gesellschaft vor der Herausforderung stehen, sich nicht in Abwertungen als Ventil zu flüchten. Sie ist also im doppelten Wortsinn gefordert – *herausgefordert* durch Hass, Abwertung, Diskriminierung und soziale Spaltung. Aber auch *aufgefordert*, sich klar dagegen zu positionieren, den Graubereich nicht als Rückzugszone zu nutzen und nicht den wenigen Aktiven und Lauten das Feld zu überlassen.

Die Mitte-Studien zeigen in ihren Verläufen, dass der Anteil derer, die abwertenden und diskriminierenden Einstellungen zustimmen, sich meist in einem Bereich von 5 bis 25 Prozent bewegen, je nach Zeitpunkt und Kategorie. Es liegt also an der demokratischen Mehrheitsgesellschaft, den Resonanzraum zu nutzen, Leitplanken festzulegen und menschenfeindliches Verhalten auch zu sanktionieren, um ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, in dem klar ist, dass Hass, Rassismus und Abwertung nicht die Mehrheitsmeinung sind. Wird dies nicht geleistet, strategisch mit der extremen Rechten paktiert oder unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit zu viel toleriert, bestimmt die Minderheit den Diskurs und erweckt den Eindruck einer Mehrheitsmeinung. Das ist nicht nur gefährlich, weil es Polarisierung und Spaltung begünstigt (und Wahlerfolge rechtspopulistischer und -extremer Parteien), sondern auch, weil es den Betroffenen von Abwertung und Diskriminierung den Eindruck vermittelt, sie stünden alleine da.

## Scharnierfunktion Antigender-Mobilisierung, Klima und Verschwörung

Die aktuellen Zahlen zeigen im Verschwörungsbereich ebenfalls einen Rückgang und eine Verfestigung. Weniger Menschen glauben an Verschwörungen, diejenigen, die es tun, tun dies aber vehementer und eindeutiger. Dies ist

insofern gefährlich, da wir einerseits gleichzeitig höhere Korrelationen zu rechtsextremen Einstellungen und zu Gewaltbilligung nachweisen können und wir andererseits eine Manifestation dieser Überzeugungen online wie offline in unserem Umfeld beobachten, die in dieser Ausprägung neu ist. Von gelben „ungeimpft“-Sternen über gezielte Desinformationskampagnen in Messenger-Gruppen bis hin zu QAnon-Angriffen auf den Deutschen Reichstag beobachten wir eine Durchsetzung der Debatte mit Verschwörungsglauben und Misstrauen gegen alle etablierten wissenschaftsgeleiteten Argumentationen. Hier gibt es Einfallstore und Scharniere zwischen der Mitte und der extremen Rechten, die über Algorithmen, Corona-Demonstrationen oder Impfdebatten Menschen in ihre Kommunikationskanäle holten, die vorher als unpolitisch oder gar progressiv-alternativ galten und sich in diesen Krisenzeiten schnellradikalisierten<sup>8</sup>.

Ähnliche Scharnierfunktionen übernehmen Debatten um Klimawandel und entsprechende Gegenmaßnahmen sowie Gleichstellungs- und Genderfragen. Hier ist die demokratische Mitte anfällig für vereinfachte Argumentationen und vermeintlich klare Feindbilder, was die extreme Rechte zu nutzen weiß. Diese Katalysatorthemen bieten in Verbindung mit Desinformation und populistischen Vereinfachungen Anknüpfungspunkte in die demokratische Mitte hinein. An Fragen der sexuellen und geschlechtlichen Selbstbestimmung lässt sich dies mit den Zahlen aus den Mitte-Studien besonders eindrücklich illustrieren (siehe Tabelle 6.2). Wir beobachten auf der Einstellungsebene über die Jahre eine immer weiter sinkende Abwertung von Menschen aufgrund von Geschlecht oder sexueller Orientierung. Klassischer Sexismus ist davon ebenso betroffen wie die Abwertung von LGBTIQ\*-Menschen.

## Die Gedanken sind frei!?

Nun könnte man argumentieren, dass Analysen wie die Mitte-Studien ein Problem be-

<sup>8</sup> Vgl. dazu u.a. Pia Lamberty, Josef Holnburger, Maheba Goedeke Tort: „Zwischen ‚Spaziergängen‘ und Aufmärschen: Das Protestpotential während der COVID-19-Pandemie.“

**Zustimmungen (+) zu den Facetten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in den Erhebungsjahren 2014 bis 2016 sowie Zustimmungen (+) und »Teils/teils«-Antworten (t/t) in den Erhebungsjahren 2018/19 bis 2020/21 in der deutschen Wohnbevölkerung**  
(Angaben in Prozent)

Tabelle 6.2

	2014	2016	2018/19 <sup>a</sup>		2020/21	
	+	+	+	t/t	+	t/t
Rassismus	8,9	8,7	11,8	16,2	6,4	17,5
Fremdenfeindlichkeit <sup>b</sup>	19,6	19,4	18,7	22,3	12,3	16,9
Antisemitismus – klassisch	9,4	6,0	4,2	8,3	7,5	13,7
Antisemitismus – israelbezogen	–	24,1	23,3	27,5	13,4	30,0
Muslimfeindlichkeit <sup>b</sup>	17,6	18,4	21,1	23,8	11,0	18,3
Abwertung von Sinti_ zze und Rom_ nja	26,8	25,1	23,1	23,5	16,3	27,7
Abwertung asylsuchender Menschen <sup>b</sup>	44,3	49,3	51,5	34,0	40,4	36,4
Sexismus	11,4	9,3	8,3	11,7	7,5	11,9
Abwertung homosexueller Menschen	12,3	10,1	11,0	12,9	7,1	10,6
Abwertung von Trans* Menschen	–	12,8	14,2	14,6	11,2	18,0
Abwertung wohnungsloser Menschen	19,2	18,3	14,5	24,9	8,7	27,4
Abwertung langzeitarbeitsloser Menschen	47,8	49,6	51,6	24,5	24,9	40,2
Etabliertenvorrechte	38,2	39,3	35,7	30,7	26,8	31,4

**Anmerkungen** <sup>a</sup> Zum Vergleich der »Teils/teils«-Antworten sind die Prozentwerte der zufällig ausgewählten Hälfte der Befragten angeführt, die 2018/19 eine 5- statt eine 4-stufige Antwortskala zur Verfügung hatten. <sup>b</sup> Die Einstellungen wurden 2020/21 aus anderen Items als in den Vorjahren zusammengefasst.

schreiben und verstärken, das gar nicht da ist, dass diese Einstellungen von der Meinungsfreiheit gedeckt seien und Gedanken und Einstellungen ja auch nicht justiziabel seien. Jedoch sei hier auf den Zusammenhang zwischen abwertenden Einstellungen und Gewaltbilligung hingewiesen und auf den tatsächlichen Anstieg von Gewalt- und Hasstaten, die eine andere Sprache sprechen. Verschwörungserzählungen wurden in den vergangenen Jahren immer wieder als Legitimation für Rechtsterrorismus herangezogen, von Halle, Christchurch bis hin zum Mord an Walter Lübcke beobachten wir immer wieder ähnliche Argumentationsstrukturen bei den Tätern. Antisemitische Vorfälle und Übergriffe auf Trans-Personen nehmen zu und die teilweise eruptiven Corona-Proteste zeigen klare, praktische Zusammenhänge zwischen Demokratiemisstrauen, Hass und Gewalt, die in den Mitte-Studien bereits theoretisch sichtbar

wurden. In den Analysen zeigen sich deutliche Zusammenhänge zwischen GMF, eigener politischer Positionierung und Gewaltbilligung. Das Ausmaß an Vorurteilsakzeptanz unter gewaltbilligenden Befragten ist überzufällig höher als unter Befragten, die Gewalt weniger billigen.

Mehr als 60 Prozent jener, die Gewalt als Mittel der Durchsetzung billigen, weisen Vorurteile gegen asylsuchende Menschen auf, jede zweite Person ist muslimfeindlich und fast jede zweite Person ist fremdenfeindlich, antiziganistisch oder hat Vorurteile gegen langzeitarbeitslose Menschen. Die Ergebnisse weisen zudem darauf hin, dass die Annahme, die gemessenen Vorurteile wären „nur“ Einstellungen, die nichts mit Handlungen zu tun hätten, zu einfach ist. Sie sind eine wesentliche Grundlage von manifestem Verhalten, wie es sich in

Hasstaten und Diskriminierungen zeigt, und genau das macht Vorurteile bedeutsam und relevant. Sie dienen der Legitimation von Gewalt und sie sind Ausdrucksformen von Menschenfeindlichkeit. Die Wut und Verunsicherung, die sich in den Corona-Protesten gezeigt haben, werden sich mit aufkommenden Verteilungskrisen durch Klima, Ungleichheit oder Krieg weiter verstärken und im schlimmsten Falle als Gewalttaten manifestieren. Deswegen ist und bleibt es relevant, die dahinterliegenden Einstellungen zu analysieren und die Trends und Konfliktlinien zu beobachten.

## Was tun? Was tun!

Wie bereits oben erwähnt, sollen die FES-Mitte-Studien Anlässe zur Debatte liefern, konstant ein Problembewusstsein generieren und Politik, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft mit Analysen stärken für ein Handeln gegen Diskriminierung und Abwertung. Klar sicherheitspolitisch geleitete Maßnahmen werden nun konkreter ins Auge gefasst, unter anderem durch den Aktionsplan gegen Rechtsextremismus der Bundesregierung. Längst überfällig und lange gefordert waren zum Beispiel die Entwaffnung von Rechtsextremist\_innen, die Durchsetzung von Haftbefehlen oder auch die strukturelle Zerschlagung von Einnahmequellen für die extreme Rechte. Diese Maßnahmen begrüßen wir deutlich und sie wurden ja auch lange eingefordert und immer wieder angemahnt.

Darüber hinaus argumentieren die Mitte-Autor\_innen aber immer wieder, dass Prävention, politische Bildung und Konfliktmanagement essenziell sind für die Bearbeitung der Ursachen, weshalb Menschen überhaupt rechtsextrem werden. Hier gilt es, wie die Bildungsforscherin Sabine Achour im Abschlusskapitel der aktuellen Mitte-Studie darlegt, Prävention und Bildung gesamtgesellschaftlich zu denken. Den Blick nicht nur auf alle Schulformen zu richten, sondern auch darüber hinaus in die Arbeitswelt und Erwachsenenbildung. Sich einzumischen mit demokratischem Engagement, statt Elternbeiräte oder Sportvereine der extremen Rechten zu überlassen. Und immer wieder klar Haltung zu zeigen, wenn

sich Diskriminierung und Abwertung manifestieren – dies bleibt die Aufgabe, die die Mitte zu stemmen hat – um ihrer selbst willen. ■